Es lastet daher auf den revolutionären Kräften die besondere Verantwortung zu sorgen, dass die Länder Europas nicht zurückgerissen werden zum Faschismus, sondern vorwärtsmarschieren zur Revolution. Insbesonders lastet diese Verantwortung auf uns Marxisten-Leninisten.

Auch bei uns in Österreich ist die Lage nicht anders. Wenn auch "unserer" Bourgeoisie bisher grosse Streikbewegungen "erspart" geblieben sind, so weiss sie doch genau, dass unter der arbeitenden Bevölkerung die Unruhe ständig wächst. Der Streik bei der Firma Bauknecht hat die Situation schlagartig beleuchtet. Wir sollten uns den aufgeregten Telefonanruf des lokalen Gewerkschaftsbonzen an seinen Boss Benya in Erinnerung behalten: "Toni , bei uns ist der Teufel los!" Und dieser "Teufel" in Gestalt machtvoller Kämpfe der Arbeiterschaft kann über Nacht wieder "los sein". Darauf müssen wir uns einstellen.

Wir haben zwar die Aufsplitterung der revolutionären Kräfte nicht in dem Ausmass, wie eine Reihe anderer europäischer Länder, auch hat unsere Organisation schon einen ziemlichen Grad innerer Festigung erreicht, aber wir waren bisher noch immer zu schwach um wesentlich in die Tageskämpfe der arbeitenden Menschen einzugreifen, geschweige diese anzuführen. Aber die Zeit und die Entwicklung warten nicht. Die Bourgeoisie beobachtet uns sehr aufmerksam, wie die Beschlagnahme unserer BAWAG-Broschüre beweist, und hält, wenn die Kreiskys, Benyas und ihre revisionistischen Anhängsel die Massen nicht mehr unter Kontrolle halten können , Lütgendorf und seine Kameradschaftsbündler bereit!

Es hängt daher einzig und allein von uns, von der VRA, von der Stärkung unserer revolutionären Tatkraft ab, welchen Verlauf die kommenden Kämpfe der Arbeiterschaft nehmen werden.

Wir appellieren an alle ehrlichen revolutionären Kräfte: Stellt alle persönlichen Zwistigkeiten und Eifersüchteleien ein, orientieren wir auf einen gemeinsamen revolutionären Weg. In ganz Europa, wie letzlich auch in Österreich, stehen wir vor der Entscheidung: Revolution oder Faschismus. Die Verantwortung , wie die Entscheidung ausfallen wird, liegt wie gesagt bei uns allen!

RICHTIGSTELLUNG

Teufel und Tansania

Wir sind zwar nicht abergläubisch, doch scheint es manchmal wirklich so etwas wie einen "Druckfehlerteufel" zu geben, der auch in einem revolutionären Arbeiterorgan sein Unwesen treibt. In derselben Nummer unserer Zeitung (Nr.52), in der wir die Setzung von "Tansania" statt "Azania" berichtigten, ist uns dieser sinnstörende Irrtum im Artikel "Afrikas Völker gegen Imperialismus und Reaktion" (Seite 8) abermals "durchgerutscht" , weil wir - sträflicherweise!- den schon für eine frühere Nummer druckfertig gemachten Artukel nicht nochmals durchgelesen haben. wir können da nur Selbstkritik üben und versprechen, in Hinkunft noch gewissenhafter unseren Lesern gegenüber arbeiten zu wollen.

Bei dieser Gelegenheit sei zur Geographie des neuen Afrika zusätzlich in Erinnnerung gerufen: "Tansania" ist der Name der fortschrittlichen ostafrikanischen Union, die aus dem Zusammenschluß der 1961 gegründeten Republik Tanganjika und der 1964 durch revolutionären Sturz des der englischen Kolonialherrschaft unterstehenden Sultans entstandenen Volksrepublik Sansibar hervorgegangen ist. Daher der Name TAN-SAN-ia.

Es soll hier ferner nachgetragen werden, daß der Artikel in Nr. 52 (Seite 9) über den britischen Beitritt zur EWG einen Abdruck aus der Wochenzeitschrift "Peking Rundschau " darstellt.

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

43 66 863 Neue Telefonnummer im Lokal der VRA **43 66 863**

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

VRA

Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

Juli 1971
Nummer 53

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

EINGESTÄNDNIS DER NIEDERLAGE DES US-IMPERIALISMUS:

NIXON MUSS NACH PEKING

"Angesichts des von Präsident Nixon geäußerten Wunsches, die Volksrepublik China zu besuchen, hat Ministerpräsident Tschou En-lai im Namen der Regierung der Volksrepublik China Präsident Nixon eine Einladung übermittelt, China zu einem geeigneten Zeitpunkt vor dem Mai 1972 zu besuchen. Präsident Nixon hat die Einladung mit Freude angenommen." So heißt es in der von der ganzen Welt als Sensation aufgenommenen Bekanntmachung der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua. Weiter wird darin ausgeführt: "Das Treffen zwischen den führenden Persönlichkeiten Chinas und der Vereinigten Staaten soll der Suche nach einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und auch dem Gedankenaustausch über Fragen von beiderseitigem Interesse dienen."

Diese eher lakonische Verlautbarung ist das Ergebnis von Gesprächen, die der persönliche Berater Nixons, Henry Kissinger, vom 9. bis 11. Juli mit Ministerpräsident Tschou En-lai in Peking geführt hat. Nixon hatte, wie er am selben Tag der Öffentlichkeit mitteilte, Kissinger nach Peking entsandt, um seinen Wunsch, China besuchen zu können, überbringen zu lassen.

Dieses Ereignis bedeutet das Eingeständnis der entscheidenden Niederlage der Aggressions- und Kriegspolitik, die der US-Imperialismus mehr als zwei Jahrzehnte in Ost- und Südostasien getrieben hat. Es bedeutet gleichzeitig die Bestätigung des Triumphes der revolutionären Kräfte der Welt, in erster Linie der heldenhaften Völker Indochinas - Vietnams, Laos' und Kambodschas -, im Kampf gegen den US-Imperialsimus sowie der Richtigkeit der konsequenten marxistisch - leninistischen Außenpolitik der Volksrepublik China.

Nach dem zweiten Weltkrieg strebte der US-Imperialismus, in den Fußstapfen Hitlers und der japanischen Militaristen schreitend, die absolute Weltherrschaft an. In Ostasien hieß das, alles zu unternehmen, um das chinesische Volk der Früchte seines Sieges über den japanischen Imperialismus zu berauben, die chinesische Revolution zu erwürgen und China in eine US-Kolonie zu verwandeln. Deshalb die massive Unterstützung Tschiang Kai-scheks im Bür-

gerkrieg 1946/49, deshalb der Aggressionskrieg in Korea unter der mißbrauchten UNO-Flagge; deshalb die Besetzung Taiwans und der Taiwan-Straße durch die 7. Flotte der USA; deshalb der widerrechtliche Raub des UNO-Sitzes der Volksrepublik China; deshalb die Nichtanerkennung der rechtmäßigen Regierung Chinas durch die USA; deshalb die Schaffung antichinesischer Militärpakte wie der SEATO; deshalb die Wiederbelebung des japanischen Militarismus mit Stoßrichtung gegen China und andere asiatische Länder; deshalb die militärische Einkreisung Chinas mit Hilfe der japanischen Imperialisten und verschiedener reaktionärer Regimes in Asien; und deshalb der schmutzige Krieg in Vietnam und ganz Indochina, dessen Funktion, wie die Washingtoner Korrespondentin der "Presse", Manthey, am 17. Juli schrieb, "einzig und allein das Schaffen einer Aufmarschbasis gegen China" war.

Alle diese Aggressions- und Kriegshandlungen des US-Imperialismus haben durch den Widerstand der ost- und südostasiatischen Völker und durch den entschiedenen antiimperialistischen Kampf Volks-Chinas Schiffbruch erlitten. Der letzte Meilenstein auf dem für den US-Imperialismus selbst so verhängnisvollen Weg war die strategische Niederlage, die er bei seinem Laos-Abenteuer an der "Straße Nr.9" im Februar d.J. erlitten hat. Damals hat die Nixon-Regierung mit einer weiteren Eskalation ihres Aggressionskrieges gedroht, nämlich: mit einer Invasion Nordvietnams und sogar mit der Anwendung taktischer Atomwaffen. Infolge des heldenhaften und siegreichen Widerstands der in Einheitsfront kämpfenden Völker Indochinas, der eindringlichen Warnung und unzweideutig entschlossenen Haltung Chinas und des antiimperialistischen Kampfes aller Völker der Welt, nicht zuletzt des amerikanischen Volkes selbst, hat der US-Imperialismus auf diese äußerste Eskalation verzichten und den Rückzug antreten müssen. Und so mußte denn Nixon als Repräsentant der maßgebenden Kreise des amerikanischen Monopolkapitals eine Wendung in bezug auf das sozialistische China vollziehen.

Die auf eine Bitte ausgesprochene Einladung ist die Fortsetzung der konsequenten sozialistischen Außenpolitik Volks-Chinas, die auf den marxistisch-leninistischen Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Unterstützung des revolutionären antiimperialistischen Kampfes der Völker beruht. (Siehe darüber in Nr. 23 und 24 unserer Zeitung) In bezug auf die USA erklärte und erklärt China, daß eine Normalisierung der Beziehungen (nicht China hat diese Beziehungen abnorm gemacht!) an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, u.zw.: Abzug der Amerikaner von der chinesischen Provinz Taiwan und der Taiwan-Straße sowie Einstellung aller chinafeindlichen Akte einschließlich der Blockierung des chinesischen UNO-Sitzes; ferner müsse die USA-Regierung die Prinzipien der friedlichen Koexistenz anerkennen und einhalten. Unabhängig davon haben die chinesischen Kommunisten niemals ein Hehl daraus gemacht, daß China nach wie vor die gegen den Weltfrieden und die Freiheit der Völker gerichtete Kriegs- und Aggressionspolitik der Imperialisten, vor allem des US-Imperialismus, entschlossen und beharrlich bekämpfen werde. Deshalb betonen ja die Wortführer des US-Imperialismus selbst den engen Zusammenhang zwischen der angekündigten Peking-Reise Nixons und seinem Versprechen, den Aggressionskrieg in Indochina tatsächlich, endgültig und vollständig einzustellen. Das 7-Punkte-Programm der Provisorischen Regierung von Südvietnam, das von China nachdrücklich unterstützt wird, will Nixon beim Wort nehmen, und die US-Regierung hat zugesagt, diesmal ernsthaft, auf der Grundlage dieses Programms, über den restlosen Abzug ihrer Truppen und über einen fixen Abzugstermin zu verhandeln.

Bei all dem handelt es sich erst um Absichtserklärungen, auch was den angekündigten Besuch Nixons selbst betrifft. In den Monaten bis zu diesem Besuch werden die USA ihren "friedlichen" Worten auch echte friedliche Taten folgen lassen müssen, sollte Nixons Reise zu positiven Ergebnissen führen, ja überhaupt stattfinden. Wir zweifeln nicht im mindesten daran, daß der US-Imperialismus, obwohl er in Worten die Niederlage seiner Aggressionspolitik gegenüber China und den Völkern des Fernen Ostens eingestehen muß, seine aggressiven Absichten keineswegs aufgegeben hat: Er macht sich eitle Hoffnungen, er könnte Volks-China irgendwie "herumkriegen"; er feilscht noch hartnäckig darum, den Truppenabzug möglichst hinauszuschieben und nicht vollständig durchzuführen; er klammert sich stur an seine Marionetten in Saigon; er hält an seiner "Doktrin von Guam" fest, wonach Asiaten gegen Asiaten für den US-Imperialismus kämpfen sollen, und fordert in diesem Sinn die Aggressivität des japanischen Imperialismus. Selbst wenn der US-Imperialismus - vorläufig! - seine Raubtierkrallen vom Fernen Osten zurückzieht, wird er unweigerlich versuchen, seine Aggressions- und Kriegspolitik in anderen Weltgegenden fortzusetzen, obwohl überall die Völker gerade aus seiner schweren Niederlage Mut und Kraft schöpfen, ihren antiimperialistischen Kampf verstärken und noch wirksamer machen werden.

Wir haben im Februar, als die US-Imperialisten den letzten, gefährlichsten Versuch einer Eskalation des Indochina-Krieges unternahmen, "Alarm!" gerufen. Und wir dürfen auch jetzt in keiner Weise in unserer Wachsamkeit nachlassen. Wir müssen den Kampf gegen den Imperialismus mit dem US-Imperialismus an der Spitze, gegen den Sozialimperialismus und gegen das mit ihnen verbandelte österreichische Monopolkapital verstärkt fortsetzen.

19.7.1971

BEZAHLTE HANDLANGER

Djalma, Portitsch, Schulmeister und Kollegen werden vor Neid erblassen. Jetzt "schmieren" sich "K"P-Journalisten aus. Und sie beweisen, daß sie in punkto Hetze, Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen, in der Kunst das Volk zu betrügen, den Spitzenkönnern ihrer Branche um nichts nachstehen. Anlaß dazu ist die Ankündigung einer Reise Chinas in die Volksrepublik China.

Man muß vorerst die Tatsachen kennen. Jahrelang packeln jetzt schon die Sozialimperialisten in Rußland und die Monopolisten in Amerika miteinander. Das erklärte Ziel der Packelei war die Teilung der Welt in Einflußspähren, wo sie schalten und walten, richtiger gesagt, ausbeuten und unterdrücken wollen. Trotz aller Packelei besteht aber eine ungeheure Konkurrenz untereinander und jeder trachtet den anderen zu schwächen, Macht, Einfluß und Profit auf Kosten des anderen zu erweitern. Das ist eben imperialistisches Wesen. Es bestehen also Widersprüche zwischen US-Imperialisten und russischen Sozialimperialisten. Denn imperialistischen Herren im Kreml passt es daher überhaupt nicht in den Kram, wenn ihre Kompagnons in Amerika, mit denen sie SALT-Verhandlungen haben, den Nahen Osten gemeinsam besetzen und beherrschen wollen usw. usf., Miene machen, ihre Aggression gegen China einzustellen. Denn sie selbst haben ihre aggressiven Absichten gegen das sozialistische China nicht einmal in Worten aufgegeben, ja sogar Kossygins Versprechen nicht eingehalten, die massierten Truppenverbände für den Lauf der Verhandlungen mit China von der Grenze abzuziehen, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Wenn nun der US-Imperialismus mit der Bitte um die Einladung Nixons die Niederlage seiner Kriegspolitik im Fernen Osten eingesteht, ist das freilich Grund zur Freude und Genugtuung für die revolutionären Volksmassen und alle Werktätigen in der Welt, einschließlich der Sowjetunion, jedoch möglicherweise Grund für die sozialimperialistische Clique im Kreml zu einigen Kummer. Und sofort ergeht der Befehl an alle Leute, die von ihnen bezahlt werden, eine antichinesische Hetze zu entfalten. Das und nichts anderes ist es, was die "K"PÖ-Führer in der "Volksstimme" jetzt täglich tun, wenn sie über die Nixon-Reise schreiben. Den ehrlichen Arbeitern, die noch in ihrer Partei sind, steigen dabei schon die Grausbirnen auf.

Keine Normalisierung der Beziehungen Peking- Washington

ohne totalen Abzug der US-Aggressoren aus Indochina !

Am 20. Juli empfing Ministerpräsident Tschou En-lai in Peking eine 15gliedrige Freundschaftsdelegation der amerikanischen Mitglieder eines sogenannten "Komitees für asiatische Studien", die zwei Wochen lang China bereist hatte. Bei dieser Gelegenheit gab er den chinesischen Standpunkt zu den Beziehungen mit den USA bekannt, was die westlichen Massenmedien "Acht-Punkte-Programm" nannten. Diesen Meldungen zufolge hat Tschou En-lai vor allem erklärt, daß eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA (wie sie gemäß der offiziellen Verlautbarung durch die Nixon-Reise angestrebt werden soll - D.Red.) an den "totalen Abzug der amerikanischen Truppen aus In-

dochina" sowie an die Räumung der chinesischen Provinz Taiwan durch die US- Besatzungstruppen geknüpft ist. Der Abzug der amerikanischen und Satellitentruppen aus Vietnam, Laos und Kambodscha "hat Vorrang", sagte Tschou En-lai laut AFP. "Das erste Problem, das gelöst werden muß, ist die Beendigung des Aggressionskrieges in Indochina", betonte er laut Radio Tokio. Und der Pekinger Korrespondent der kanadischen Zeitung "Toronto Globe and Mail" schreibt, daß "China die Normalisierung der Beziehungen mit den USA von dem vollständigen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Indochina abhängig mache".

Ebenfalls am 20. Juli veröffentlichte die führende chinesische Zeitung "Renmin Ribao" einen Leitartikel: "Die nationalen Hoffnungen des vietnamesischen Volkes werden bestimmt erfüllt werden". Darin wird betont: "Der totale Abzug der Aggressionstruppen der USA und ihrer Lakaien aus Südvietnam, damit das vietnamesische Volk seine Probleme selbst lösen kann, ist entscheidend für die Lösung der Vietnam-Frage." China unterstütze voll und ganz den 7-Punkte- Vorschlag der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, in dem von den USA vor allem der völlige Truppenabzug, die Einstellung jeglicher Einmischung in die Angelegenheiten Südvietnams und der Verzicht auf weitere Unterstützung des Marionettenregimes unter Van Thieu gefordert wird. "Das chinesische Volk wird gemäß den Lehren des Vorsitzenden Mao den Widerstandskrieg des vietnamesischen Volkes, aller drei Völker Indochinas gegen die US-Aggression und für die nationale Rettung bis zum vollständigen Sieg unterstützen", schließt der Leitartikel.

Die Vertreter Nordvietnams und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams haben nach der 122. Sitzung der Pariser Konferenz am 22. Juli auf einer Pressekonferenz ausdrücklich und mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß der im "7-Punkte-Plan" geforderte vollständige und bedingungslose Abzug der Aggressoren "im vollen Umfang" von der Volksrepublik China unterstützt wird. Die USA müßten bis Ende dieses Jahres alle Truppen einschließlich der Truppen ihrer Vasallen (Südkorea, Australien, Neuseeland usw.), aus Südvietnam abziehen. Der für den Zeitraum bis Mai 1972 angekündigte Besuch Nixons in Peking beeinträchtige in keiner Weise die von Volks-China vorbehaltlos unterstützte Haltung der Vertreter des vietnamesischen Volkes auf der Pariser Konferenz.

Damit ist die niederträchtige Hetzkampagne der Revisionisten gegen das sozialistische China (und zugleich gegen das heldenhaft kämpfende Volk von Vietnam, das man von seinem Hinterland, der Volksrepublik China, in verbrecherischer Weise trennen will) vollends entlarvt. Der klassenverräterische Charakter der Renegaten vom Höchstädtplatz kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß die Revisionisten nur noch mit Lügen operieren können. Die stärkste Waffe der Marxisten-Leninisten ist und bleibt aber die Wahrheit. "Der Marxismus ist siegreich, weil er wahr ist", lehrt Lenin. Wer aber mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß steht, bedient sich immer und überall der Lüge. Das krasseste Beispiel dafür ist das Verhalten der Führer der "K"PÖ!

Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.

Die Kommunisten müssen am meisten weitsichtig sein, den höchsten Grad von Opferbereitschaft aufweisen, die größte Standhaftigkeit an den Tag legen, mit maximaler Unbefangenheit eine Situation erfassen können; sie müssen sich auf die Mehrheit der Volksmassen stützen, die Unterstützung durch die Volksmassen erlangen.

MAO TSETUNG

NEUWAHLEN:

Neue Anschläge werden vorbereitet

Es ist so weit und die VRA hat es längst angekündigt: Das Volk Österreichs kann wieder einmal "entscheiden". Entscheiden kann es freilich nur, auf welche Art und Weise, von welchen Personen oder Parteien es sich das Fell über die Ohren ziehen oder besser ausgedrückt, das Blut aus den Adern saugen und das Geld aus den Geldbörseln stehlen lassen soll.

Gibt es überhaupt noch ein Ausdrucksmittel, das die Infamie, den Betrug, die schamlosen Verhöhnungen und was alles noch die Bevölkerung über sich ergehen lassen soll, wiedergeben kann? Es sind fürwahr Meister der Demogogie und der Kunst das Volk zu verblöden, die von der herrschenden Klasse aufgeboten werden, um das Volk, das werktätige Volk, weiterhin als Quelle eines herrlichen Schmarotzerlebens erhalten zu können. Betrug auf allen Linien und in sämtlichen Variationen soll die Bourgeoisie in Österreich noch einmal über die Hürden der Auflehnung der arbeitenden Menschen gegen Ausbeutung und willkürliche Unterdrückung bringen. Und so hieß es denn "Vorhang auf" zum neuen Betrugsspiel der "parlamentarischen Demokratie". Erster Akt und Einleitung zum neuen Wahl"kampf" war der Auflösungsbeschluß des Nationalrates, groß gebracht im Fernsehen.

Kann für uns arbeitenden Menschen noch etwas unklar sein? Was alles haben wir hinter uns seit dem Grauen eines imperialistischen Krieges, den genau die gleichen Kräfte entfesselt haben, wie sie uns heute beherrschen? Wir haben hinter uns Kaolitionsregierungen (anfangs sogar mit der "K"PÖ), Allein- und Minderheitskabinette. Und was hat herausgeschaut: Daß auf unsere Kosten die Reichen immer reicher geworden sind, und daß gerade in der Zeit, in der die Regierung von der "Arbeiter"partei, der SPÖ, gestellt wird, der Reichtum und die Profite der Reichen, die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Menschen neue Höhepunkte erreicht haben. Wenn nun nach nur 18 Monaten das "Volk" neuerlich "zu den Urnen" gerufen wird, ist das der Versuch, von den wahren Ursachen dieser Entwicklung abzulenken, ist aber auch der Beweis, wie unhaltbar für die herrschende Klasse die Situation wird, muß aber auch Signal für die arbeitenden Menschen sein, sich auf ihre Kraft zu besinnen.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung unterliegt der ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeit. Alles das worunter die arbeitenden Menschen in unserem Land leiden, worüber sie mit Recht unzufrieden sind - Antreiberei in den Betrieben, ständige Teuerung, Korruption, Ungerechtigkeit auf Schritt und Tritt, Sorge um den Arbeitsplatz usw. - rührt her vom kapitalistischen System in dem wir leben. Seit eh und je vertreten alle Regierungen wie immer sie auch zusammengesetzt sind, dieses Ausbeutersystem. deshalb ist alles was die Regierungen und die zur bestehenden Gesellschaftsordnung stehenden Parteien, einschließlich der "K"PÖ, tun, darauf ausgerichtet, die herrschende Klasse noch reicher, und ihre Macht über die Werktätigen noch stärker zu machen.

Die Interessen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten sind aber diametral entgegengesetzt: was den einen nützt, schadet den anderen. Steigen die Profite, wächst die Ausbeutung. Je leichter die Kapitalisten Macht und Reichtum vergrößern (und sie loben Österreich, daß es hier am leichtesten geht), desto schwerer müssen die Werktätigen schuften. Der einen Wohl ist eben der anderen Weh.

Diese Tatsachen zu vertuschen, ist das Hauptanliegen der herrschenden Klasse und ihrer Lakaien. Denn die arbeitenden Menschen sind unter der Regierung Kreisky unruhiger geworden denn je. Das spüren die Bonzen im Gewerkschaftsbund zuerst. Da es angesichts der wachsenden Inflation "immer schwieriger für den Gewerkschaftsbund" wird, "Unruhe und Lohnforderungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft weiterhin zu bremsen", forderte Benya schon lange vor der Parlamentsauflösung vorzeitige Neuwahlen, schreibt der "Kurier" in einem Leitartikel von Portitsch am 26. Juni 1971. Anstatt daß die Arbeiter den Klassenkampf führen, sollen ihnen die Parteien des Establishment also einen "Wahlkampf" vorführen.

Kreisky begründete den Antrag auf Parlamentsauflösung damit, daß im Herbst und Winter so schwere Probleme (gemeint sind weitere und höhere Belastungen der arbeitenden Bevölkerung) auftreten, die man unter den gegebenen parlamentarischen Verhältnissen nicht lö-

sen könnte. Die "Lösung", die Kreisky will, liegt natürlich im Interesse der herrschenden Klasse, ist volksfeindlich, oder wie sie sich ausdrücken "unpopulär". Was für die Großbourgeoisie als beste Lösung erscheint, ist, wie Kreisky auf seiner Pressekonferenz am 20. Juli ausplauderte, die "Alleinregierung einer Partei mit parlamentarischer Mehrheit". Denn "in einem solchen Fall kann man auch unpopuläre Maßnahmen allein vertreten." Er fügt allerdings hinzu, daß, wenn die SPÖ nicht die absolute Mehrheit bekommt, auch alle anderen Wege - große oder kleine Koalition usw. - für diese volksfeindlichen Maßnahmen gangbar sind.

Was sie damit selbst zugeben beweist, was wir immer wieder gesagt haben: Wie Wahlen ausgehen ist völlig egal, sie wollen sich von den Wählern lediglich eine Zustimmung für ihre volksfeindlichen Maßnahmen holen. Dem gilt das ganze Wahltheater.

Breite Massen des Volkes fühlen das bereits. Deshalb gehört zum Betrug auch dazu, dass sich jede Partei um eine gute "Absprungbasis" umsieht. Nämlich eine den Wählern als Angelegenheit des Volkes hingestellte "Begründung" für die Parlamentsauflösung. Den schwarzen Peter, die "Schuld" an dem Neuwahltheater, das vom Volk abgelehnt wird, will eine Partei der anderen zuschieben.

Nichts kann die schäbige Verräterrolle der "K"PÖ-Führer mehr entlarven als die Tatsache, daß gerade jetzt, wo der Unwillen und das Mißtrauen breiter Bevölkerungsschichten gegen den Parlamentarismus wächst, sie das Betrugsspiel im Parlament wieder aufmöbeln wollen. "Kommunisten ins Parlament" schreien sie, so als ob ein paar Abgeordnete ihrer Partei im Parlament wirklich die Interessen der arbeitenden Menschen wahrnehmen könnten. Sinn und Zweck dieser Demagogie, für die jetzt auch Kreisky, Schleinzer und bürgerliche Zeitungen Propaganda machen, ist, die mit der parlamentarisch getarnten Diktatur der Bourgeoisie Unzufriedenen, wieder für dieses Ausbeutersystem einzuspannen.

Wer den "K"PÖ-Führern auf diese Schützenhilfe für die Kapitalisten reinfällt, schadet sich, seiner Familie, seiner Klasse. Mehr denn je bestätigt sich die Richtigkeit unserer Losungen: Wer die Macht hat, macht die Wahlen! Das arbeitende Volk hat in Österreich nichts zu reden und nichts zu wählen! Boykottiert die Schwindelwahlen! Volksmacht statt Kapitalsherrschaft!

Glückwunschbotschaft der VRA zum 50. Jahrestag der Gründung der KP Chinas

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Werte Genossen!

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) gratuliert der Kommunistischen Partei Chinas auf das herzlichste zum 50. Jahrestag ihrer Gründung.

Die KP Chinas ist uns ein leuchtendes Vorbild bei der Schaffung einer neuen, mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen ausgerüsteten revolutionären Partei des österreichischen Proletariats, die das Hauptanliegen der VRA ist. Denn die KP Chinas zeigt uns dank der Verwirklichung der Lehren des Vorsitzenden Mao, wie man die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Land integriert und wie man die Partei derart mit den breiten Massen verbindet , daß die wahre Macht des Volkes gesichert und eine konterrevolutionäre revisionistische Entartung der Parteiführung verhindert wird.

Es lebe die große, heldenhafte und korrekte Kommunistische Partei Chinas!

Es lebe der Marxismus, der Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs!

Lang lebe unser großer Lehrer, Genosse Mao Tsetung!

Diese Grußbotschaft wurde am 30. Mai von der Aktivistenkonferenz beschlossen. Sie wurde in der Zeitung "Renmin Ribao" abgedruckt und im chinesischen Rundfunk gebracht.

AUCH DAS FÜHRT ZUM FASCHISMUS

Die Marxisten-Leninisten wissen seit jeher, daß der Faschismus nicht etwas Unerklärliches, Absonderliches, Zufälliges ist, sondern ganz einfach jene Methode der Aufrechterhaltung der Kapitalsdiktatur, bei der vorwiegend die nackte Gewalt gegenüber der aufbegehrenden Arbeiterschaft ausgeübt, organisiert und gepredigt wird, nachdem die andere Methode, nämlich die des parlamentarisch - demokratischen Betrugs, nicht mehr verfängt. So erwächst denn die faschistische Staatsmacht aus in der bürgerlichen "Demokratie" gegen jugendliche Rebellen geübten Polizeibrutalitäten, willkürlichen Beschlagnahmen von Arbeiterpublikationen usw; erwachsen faschistische Organisationen aus Freisprüchen von Mördern und Bombenwerfern, aus Duldung verbotener Neonazi-Demonstrationen, Hochpäppelung von Wehrmachttraditionshütern, Aufpolierung einer braunen Oppositionspartei zu einem blauen Koalitionspartner, Durchsetzung der Regierung mit alten und neuen Faschisten etc.; und so erwächst die faschistische Ideologie aus allmählicher Vergiftung der Hirne mit faschistischem "Gedankengut", das in tückischer Weise unter demokratisch getarntem Etikett als "Heilmittel" verabreicht wird.

Die geistige Vorbereitung der Menschen in unseren Lande, besonders der Jugend, der die ähnlichen Erscheinungen der zwanziger Jahre unbekannt sind, auf die Faschisierung zeigt sich besonders krass in einer "Meinungsumfrage", die eine Reihe von SP-nahen pseudowissenschaftlichen "Arbeitskreisen", "Instituten" und "Gesellschaften" Ende 1969 vorgenommen hat und die jetzt (ausgerechnet jetzt, da die Erbitterung der arbeitenden Menschen über die rapid zunehmende Teuerung wächst und die Staatsgewalt mit Drohreden und Konfiskationen darauf reagiert!) veröffentlicht wurde. Diese in Amerika ausgebildete hinterhältige Art der Meinungsmanipulation beruht auf der Suggestivwirkung der Fragen, durch deren Formulierung die Antwort bereits gemäß dem Wunsch des Fragestellers vorweggenommen wird.

Man lese nur die in der "AZ" vom 30.Mai wörtlich wiedergegebenen "sechs Feststellungen", die den Befragten in den Mund gelegt werden. Die erste lautet: "Juden sind zum Teil an ihrer Verfolgung selbst schuld. Es ist schwer, ihnen gegenüber einen körperlichen Widerwillen zu unterdrücken." Woher sollen die 25 Prozent der 25-30jährigen, die den ersten Teil dieser "Frage" bejaht haben, überhaupt wissen, welche angebliche "Schuld" die Nazi-Völkermörder den Juden angelastet haben? Und wie sollen 13 Prozent der Befragten einen "körperlichen Widerwillen" (den man fürwahr gegenüber den Veranstaltern dieser "Umfrage" empfinden muß!) "schwer unterdrücken" können, wenn es heute in Österreich nicht einmal 0,2 Prozent Juden gibt und selbst unter der Hitler - Herrschaft sich nur ein kleiner Teil der "arischen" Bevölkerung solche perverse Gefühle eines "biologisch-blutmäßigen" Rassenhasses einimpfen ließ? Den Sinn dieser suggerierten Antworten enthüllen die reaktionären Meinungsmacher, wenn sie sie etwa als "Glauben an die historische (!) Schuld der Juden" interpretieren, womit sie, noch drastischer als den Befragten selbst, dem Leser einreden, daß es für die Judenverfolgung doch eine "historische" Berechtigung gegeben haben mochte!

In diesem Sinn einer faschistischen Beeinflussung der Massen sind auch die anderen "Feststellungen" (um sie den Befragten" noch eindringlicher nahezulegen, werden sie nicht einmal in Frageform gekleidet!) gehalten: "Für Negerstudenten sollten in Europa eigene Internate geschaffen werden." (Kommentar der Meinungsmanipulanten: "Rassentrennung"; wohl wie in Südafrika!) - "Ich würde meiner Tochter verbieten, mit einem arabischen Studenten zu tanzen." (Der absurde Kommentar "Sexualneid" - des Vaters! - zeigt womöglich noch offensichtlicher die rassistische Beeinflussungstendenz.) - "Gastarbeiter beziehen zu hohe Kinderbeihilfen." (Da mag es sogar vielleicht einige irregeführte Österreicher geben, die eine solche Ansicht teilen. Ihnen aber zu unterstellen, daß sie das gemäß dem Kommentar als "Unredlichkeit" betrachten, kann nur, wer bewußt Völkerverhetzung treibt!) - "Gammlern soll man die Einreise nach Österreich verbieten." Diese Feststellung wird mit keinem Kommentar versehen. Ein solcher ergibt sich nämlich von selbst: Die Menschen sollen psychologisch präpariert werden, die Behauptung Lütgendorfs, die antimilitaristische Jugend Österreichs würde "von ausländischen Anarchisten

gesteuert", zu akzeptieren.

Der Zweck all dieser "Feststellungen" ist es, die "AZ" folgendes "feststellen" zu lassen (Leiter vom 2. Juni): "Der Österreicher sieht Neger, Gammler, Juden, Araber, Dunkelhäutige, Gastarbeiter als weit unter sich stehend." Das rassistische Gift, das auf solche Manier den Menschen eingeträufelt wird, soll somit als ureigenes Geistesprodukt "des Österreichers" ausgegeben werden, so daß etwa die Heimsuchung mit einem "Vierten Reich" als Wunsch und Wille des Volkes hingestellt werden kann. Wobei noch hinzuzufügen ist, daß in dem skandalösen "Umfragebericht" die freche Behauptung aufgestellt wird, "Hilfsarbeiter, Pensionisten und Landwirte haben größere Vorurteilsneigung als andere Berufe, ebenso Menschen mit schlechterer Ausbildung"!

Daß die Meinungsmanipulanten Kreiskys und seines Teams auf diese Weise die Bevölkerung für die Wiederkehr faschistischen Herrenmenschentums ideologisch vorbereiten wollen, liegt so auf der Hand, daß die "AZ" eine Flut empörter Leserzuschriften erhielt und sich gezwungen sah, in einem Leitartikel (6. Juni) darauf zu erwidern. Und diese lendenlahme und heuchlerische Erwiderung bestätigt nur die Richtigkeit unserer Feststellung über ihre faschistoiden "Feststellungen".

Pressefreiheit a la Schulmeister

"Die Demokratie steht und fällt mit der Pressefreiheit, daran ist bestimmt nicht zu rütteln. Was aber, wenn die Pressefreiheit der moralischen Überzeugungen enträt, die sie einst erkämpft haben, wenn sie zum Freibrief für eine unter kommerziellen oder machtegoistischen Gesichtspunkten hemmungslose 'Bewußtseinsindustrie' wird? Die Pressefreiheit - wenn sie nicht von technischen, wirtschaftlichen oder Meinungsmonopolen durchlöchert wird - ist schärfster Kontrolleur der Macht. Doch gerade der technisch- wirtschaftliche Prozeß begünstigt die Monopolisierung..."

Diese Zeilen stammen nicht aus einem Artikel eines progressiven Demokraten und Gegners der Monopolkapitalisten, sondern wir entnehmen sie - man höre und staune - einem am 26. Juni in der "Presse" erschienenen Leitartikel aus der Feder ihres Chefredakteurs Dr. Otto Schulmeister! Wie das? Ist die "Presse" auf einmal antikapitalistisch und ihr Chefredakteur aus einem gehorsamen Diener des internationalen Monopolkapitals zu dessen glühenden Hasser geworden? Weit gefehlt. Aber wem das Herz voll ist, dem geht der Mund über, sagt schon ein alter Volksspruch. Und Schulmeisters Herz ist voll Kummer. Da hat er sich als allzeitgetreuer Diener des Gottes Dollar seit Jahr und Tag die Finger wundgeschrieben, um den dreckigen Gangsterkrieg der amerikanischen Imperialisten in Indochina den Lesern als "Freiheitskampf edler Kreuzritter" zu verkaufen, und da gehen ein paar Kollegen in den USA her - Kollegen, die Schulmeister sonst sehr schätzt und die für Zeitungen schreiben, die wie die "Presse" die Interessen der Superkonzerne vertreten - und veröffentlichen Geheimdokumente, die beweisen, daß der Überfall der US-Imperialisten auf Vietnam eben der Überfall gewesen ist, als den ihn wir immer gebrandmarkt haben. Auch diese Herrschaften sind natürlich nicht zu Friedensengeln geworden oder nunmehr gegen imperialistische Politik eingestellt. Ganz im Gegenteil! Sie sehen aber, daß der Vietnam-Krieg unaufhaltsam zu einer gigantischen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Pleite wird, die den US-Imperialismus schon schwerst angeschlagen hat. Und sie fürchten, daß die Empörung und ständig wachsende Protestbewegung im eigenen Land zur tödlichen Gefahr für ihre Herrschaft werden kann. In letzter Stunde gleichsam versuchen sie, durch Veröffentlichung von Geheimdokumenten in ihren Zeitungen Druck auszuüben und den aggressivsten Flügel der US-Imperialisten zu zwingen, noch halbwegs rechtzeitig aus dem Vietnam-Abenteuer auszusteigen.

Das aber geht dem Herrn Schulmeister auf die Nerven. Für ihn wären das die schönsten Zeiten, als alles noch gut zu gehen schien und sich daher das gesamte US-Kapital und ihre Lakaien einig waren in ihren Aufträgen an die von ihnen kontrollierte Presse inklusive der "Presse" unseres Schulmeisters. Da hatte dieser gar nichts dagegen ein Manager dieser - wie er so schön sagt-"Bewußtseinsindustrie" zu sein. Jetzt aber, da so manche "untreu werden", da bleibt er - Ehre wem Ehre gebührt - treu, und da quellen aus ihm heraus die bitteren Vorwürfe gegen jene, die keinen Cent mehr investieren wollen in Artikel wie "US-Boys helfen Vietnamesen ihre Freiheit zu verteidigen".

Wir, Mister, ah Pardon, Herr Schulmeister, wußten schon immer über die "Bewußtseinsindustrie" Bescheid. Die Geständnisse ihrer schönen Seele finden wir trotzdem interessant.

AUS DER ORGANISATION

HAUPTSACHE: S C H U L U N G

Auch die Diskussionsversammlung der Vorarlberger Landesgruppe der VRA vom 19. Juni war ein großer Erfolg. Es waren 25 - 27 Genossen gekommen, unter ihnen wiederum einige neue. Bei der Vorbereitung dieser zweiten Versammlung haben schon die beim ersten Mal neu hinzugekommenen Genossen mitgeholfen und sich als sehr zuverlässig gezeigt. Alle Besucher der Versammlung - es waren ausschließlich junge Leute - beteiligten sich aktiv an der Diskussion. Vor allem brennt ihnen das Bedürfnis nach marxistisch-leninistischer Schulung.

Das Thema lautete: Wie organisieren wir uns und unsere Arbeit? Die Schwerpunkte der Diskussion waren: Welche sind unsere Aufgaben und Möglichkeiten? Wie setzen wir unsere Erkenntnisse am besten in die Praxis um? Die Anwendung des durch Studium von Literatur und durch die Schulung Gelernten in der Praxis. Schaffung eines Forums, welches die Verbindung der VRA mit der Massenbasis wirksam gewährleistet.

Es wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht und z.T. in Beschlüssen festgehalten, darunter: 1. Notwendigkeit der Stärkung der VRA durch Aufnahme der Besten unter den Sympathisierenden in ihre Reihen; 2. Gründung einer aus Schülern und jungen Arbeitern bestehenden Basisgruppe "Rote Garde-Vorarlberg" und Bestimmung eines Arbeitsausschusses bzw. der Genossen, die den ständigen Kontakt zwischen der Basisgruppe und der VRA-Landesgruppe aufrechterhalten; 3. Herausgabe eines Informationsblattes für die Mitglieder der VRA-Vorarlberg und Interessierte außerhalb ihrer Reihen; 4. Abziehen von Liedertexten für ein Sommertreffen am See mit Lagerfeuer; 5. Organisierung einer Schulung, die als wichtigste Maßnahme betrachtet wurde, sowie anderer Aktivitäten wie Ausstellung über die österreichische Arbeiterbewegung, Flugblätter für Schulen und Betriebe etc.; 6. Beauftragung der Landesleitung, in ihrer nächsten Sitzung einen Arbeitsplan unter Berücksichtigung der neuen Situation in Vorarlberg sowie der Beschlüsse der Ergebnisse der Jahreskonferenz der VRAO(ML) vom 30. Mai zu erstellen.

In der Diskussion wurden zahlreiche politische, taktische und organisatorische Einzelfragen behandelt, wie: die gegenwärtige Etappe in Österreich, die Rolle unserer Zeitung, die Frage des Charakters von Aktionen ("Kein blinder Aktionismus!"), die Frage eines Organisationslokals u.a.m.

Die zwei "K"P-Bürobonzen, die praktisch den Rest der Vorarlberger Revisionisten darstellen, erfahren vom Aufschwung unserer Landesgruppe mit grosser Unruhe. Wir sind überzeugt, daß wir bei einer großangelegten Werbung für die Schulung in Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs, in Vorarlberg bald einen solchen Andrang hätten, daß wir mit den vorhandenen Kräften nicht das Auslangen fänden. Deshalb bemühen wir uns ja, vor allem die Besten unter den neuen Genossen zu schulen.

Der Arbeitskreis, der für die Vorbereitung der Schulungsarbeit gebildet wurde, trat nach der Diskussionsversammlung zweimal zusammen. Es wurde beschlossen, zwei Schulungsgruppen zu bilden: eine, die sich hauptsächlich aus Schülern zusammensetzt und, ausgehend von naturwissenschaftlichen Grundproblemen, einen systematischen Schulungskurs nach dem Motto "Von der Wissenschaft zur Praxis" absolvieren will; und einen zweiten, der von solchen Fragen und Themen ausgehen soll, die zeitnah sind und vor allem junge Arbeiter interessieren. Diese zweite Schulungsform soll die Ideen Mao Tsetungs zum Kernstück haben und neben den philosophischen Hauptwerken Mao Tsetungs, "Über die Praxis" und "Über den Widerspruch", auch die wichtigsten Werke von Marx, Engels und Lenin ("Manifest der Kommunistischen Partei", "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", "Staat und Revolution" usw.) behandeln. Die Schulungsarbeit soll im September einsetzen.

Inzwischen steht noch eine "Versammlung des Monats" bevor (gemäß einem entsprechenden Beschluß), mit dem Thema: "Der 50. Geburtstag der KP Chinas".

Bei den Diskussionen über die verschiedenen Formen der Schulung stellte

es sich heraus, daß vor allem bei jungen Arbeitern jene Form mehr Anklang findet, die den Problemen des täglichen Lebens und dem daraus entstehenden Wissensdrang näherkommt. "Das alles, so wie es ist, ist Scheiße", sagen sie. "Wir wollen klar sehen lernen und einen Ausweg finden."

GELUNGENE FLUGBLATTAKTION VOR KÄRNTNER KASERNEN

Aus Anlaß der bekannten Äußerungen Lütgendorfs vor dem Kameradschaftsbund hat die Kärntner Landesgruppe der VRA in Zusammenarbeit mit einigen Jugendgruppen eine Flugblattaktion vor den Kasernen durchgeführt. Einige Tausend Flugblätter wurden an die Soldaten verteilt und kamen gut an.

In dem Flugblatt wird nicht nur Lütgendorfs Aufhetzung der faschistischen Kameradschaftsbündler (die sich auf ihrem provokatorischen Aufmarsch in Linz ausdrücklich zum imperialistischen Raubkrieg Hitlers bekannten!) gegen "von Anarchisten im Ausland gesteuerte junge Heißsporne", die von gefährlichen "Gedanken über eine Äusserung unserer Gesellschaftsordnung erfüllt" sind, angeprangert. Es wird überhaupt die Funktion des Bundesheeres als wirksamstes Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung und zur gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse (wie im Februar 1934!) aufgezeigt. Und es kam nicht bloß darauf an, den Rücktritt des erzreaktionären "Verteidigungs"ministers zu fordern, sondern darauf, den reaktionären Charakter der ganzen Regierung, der er angehört, und des Bundeskanzlers, der ihn schützt, zu entlarven.

Gerade die Tatsache, daß der antimilitaristische Kampf der fortschrittlichen Jugend Österreichs die Herrschenden in helle Aufregung versetzt und ihren Repräsentanten faschistische Urlaute entlockt hat, die sie sonst diplomatisch zu verdrängen vorziehen (die "Neue Zürcher Zeitung" bedauert, daß der "couragierte" General "nicht immer diplomatisch" sei), beweist, daß sich ihre demokratisch getarnte Diktatur letzten Endes auf die nackte Gewalt der Militärmaschinerie stützt. Der berühmte Satz Mao Tsetungs "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" gilt eben für jede Klasse!

Den herrschenden Kreisen im Bundesheer waren unsere Flugblätter ein Dorn im Auge, und sie versuchten uns mit allen Mitteln von den Kasernen zu vertreiben. Denn sie wissen ganz genau, daß das herrschende System ins Wanken gerät, wenn sich innerhalb des systemerhaltenden Apparates Nr. 1 die Auflehnung gegen den Kapitalismus ausbreitet. Auch die Staatspolizei suchte die Aktion zu verhindern. Einem Präsenzdiener, der innerhalb der Kaserne verteilte, wurde sogar mit einer Zivilanzeige wegen "Aufwiegelei" gedroht.

Das Flugblatt, das auch in slowenischer Sprache gedruckt und von slowenischen Jugendorganisationen mitunterzeichnet war, nahm bei dieser Gelegenheit zum Slowenenproblem Stellung: "In Kärnten - heißt es darin - vergiften der "Heimatdienst" und die Tagespresse die Arbeiter mit Deutschnationalismus. Er wird vor allem auch in den Kasernen gefördert. Dadurch wird verhindert, daß die slowenisch- und deutschsprachigen Arbeiter ihre gemeinsamen Interessen erkennen."

Trotz der Schwierigkeiten, die es bei der Flugblattverteilung gegeben hat, war es eine gelungene Aktion, bei der unsere Kärntner Genossen eine richtige Einheitsfrontpolitik durchführten.

Im Zusammenhang mit einer Anfrage teilen wir mit, daß auf der Jahresversammlung der statutenmäßige Vorstand mit Gen Jocha als Obmann und Gen. Weihs als Obmannstellvertreter einstimmig wiedergewählt wurde.

DIE LESER SCHREIBEN

"ICH FREUE MICH, ANSCHLUSS AN DIE VRA GEFUNDEN ZU HABEN."

Ein schönes Erlebnis, das mir am 19.6.1971 gelegentlich eines Besuchs in Bregenz zuteil wurde, war ein Diskussionsabend unter Genossen der VRAC(ML). Als alter Kämpfer der marxistischen Lehre freute ich mich, daß es jetzt doch eine Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (Marxisten-Leninisten) gibt. Wenn auch ihr Umfang noch bescheiden, so ist dennoch die Hoffnung berechtigt, daß hier der Weg ist, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu erkämpfen.

Seit vielen Jahrzehnten reden Leute wie Kautsky und Renner dem Volk ein, daß sie für den Sozialismus wären. In Wirklichkeit leisteten sie aber Schützenhilfe für die Reaktion, und so kam es zu zwei Weltkriegen und zum Faschismus.

Für mich war es eine Freude zu sehen und zu hören, wie sich eine rege politische Diskussion entwickelte. Die Teilnehmer meldeten sich eifrit zu Worte und brachten gute Vorschläge für den Kampf gegen Revisionismus und Imperialismus. Erfreulich war auch, daß alle Besucher der Versammlung junge Menschen unter 35 Jahren waren, darunter einige Mädel.

Als die Frage der Finanzierung unserer politischen Arbeit angeschnitten wurde, äußerte ich mich dazu und sagte, daß wir keine fremde Hilfe bekommen. Ich selbst bin seit einigen Jahren Leser der Zeitschrift "Für die Volksmacht" (früher "Der Kommunist") und schicke von Zeit zu Zeit einen kleinen Betrag, um dadurch meinen kleinen Beitrag zu leisten. Menschen, die in Arbeit stehen und Kämpfer für die große proletarische Sache sind, werden verstehen, daß der Kampf nur geführt werden kann, wenn wir alle bereit sind, unseren Beitrag zu leisten.

Mit 65 Jahren, als kleiner Pensionist, freue ich mich, zu dieser Bewegung Anschluß gefunden zu haben. Ich hoffe, noch große Erfolge im Kampf für die Freiheit der Völker auf dem Wege zum Sozialismus zu erleben.

Es leben der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs!

G.G., Kärnten

BRIEFE AUS AMERIKA

Wir haben in letzter Zeit von einigen Lesern in Amerika Briefe bekommen, und wir möchten aus zweien dieser Zuschriften das wichtigste wiedergeben.

MASSENKAMPF GEGEN NIXON WÄCHST

Gen. J.B. berichtet uns über die große Welle von Demonstrationen gegen den schmutzigen Indochina-Krieg des US-Imperialismus, die Ende April und Anfang Mai über die ganzen Vereinigten Staaten hinwegrollte: "Vom 26. April bis 3. Mai gab es machtvolle Demonstrationen im ganzen Land, bei denen drei grundlegende Forderungen erhoben wurden: 1. sofortiger Abzug aller Streitkräfte der USA, einschließlich der Luft-, See- und Bodenstreitkräfte sowie der Berater, bis 31. Dezember 1971; 2. ein garantiertes Jahreseinkommen von 6.500 Dollar für eine vierköpfige Familie; 3. Beendigung der rassistischen Politik sowie Durchsetzung von Bundes- und Bundesstaatsgesetzen gegen rassische Diskriminierung. Die Protestmärsche vom 26. April waren weitgehend von bürgerlichen Liberalen und scheinlinken Elementen (Trotzkisten etc.) beeinflußt, doch nahmen an ihnen riesige Massen teil. Demgegenüber war die Zahl der Demonstranten am 1. bis 3. Mai geringer, doch trugen die Aufmärsche einen kämpferischen Charakter und waren durch die hervorragende Teilnahme von revolutionär gesinnten Menschen, vor allem Jugendlichen, gekennzeichnet. Die Mai-Demonstrationen fanden in rund 30 Städten der USA statt, wobei die Teilnehmerzahl zwischen 300 und 10.000 schwankte. In

der Hauptstadt Washington wurden mehr als 9.000 Demonstranten verhaftet, die man ein bis zwei Tage in provisorische Konzentrationslager sperrte, nachdem man sie photographiert und ihre Fingerabdrücke abgenommen hatte."

Gen. R.J. hat an der Monsterdemonstration in Washington am 26.4. selbst teilgenommen. Er schreibt: "Von Washington bis San Franzisko demonstrierten in den USA an diesem Tage laut bürgerlichen Angaben etwa eine Million Menschen gegen den Aggressionskrieg in Indochina. Das war wirklich eine eindrucksvolle Kundgebung des Volkswillens! Neu daran war die Teilnahme einer Anzahl von Gewerkschaften (trotz dem überaus reaktionären Charakter der AFL/CIO-Führung, deren Ober-Boss George Meany den schmutzigen Krieg Nixons ausdrücklich unterstützt - D.R.), vor allem der afro-amerikanischen und portoricanischen Arbeiter, die in großer Zahl erschienen waren und zum erstenmal seit langer Zeit organisiert auch an Antikriegs-Aktionen teilnahmen, nachdem sie infolge ihrer gedrückten Lage bisher fast ausschließlich mit ihren "Minderheiten"-Problemen befaßt waren. Während diese Demonstration eher "zahm" war, trugen die Kundgebungen in den ersten Maitagen heftigeren Charakter, woran allerdings die "Ordnungshüter" schuld waren, die gegen alle und jeden wüst vorgingen, auch gegen völlig unbeteiligte Zuschauer (was sogar die Mitarbeiterin der "AZ", Barbara Coudenhove-Calergi zu verspüren bekam - D.R.). Die herrschende Klasse weiß sehr genau, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes gegen den Vietnam-Krieg eingestellt ist."

Diese letztere Feststellung bestätigt Gen. J.B. mit einer Schätzziffer, wonach weniger als 30 Prozent der amerikanischen Bevölkerung die Aggressions- und Kriegspolitik Nixons unterstützt. Der Genosse betont ferner, daß auch die rapid zunehmende Geldentwertung und Teuerung die Massen der arbeitenden Menschen Amerikas gegen die monopolkapitalistische Regierung aufbring. "In ungefähr einem Monat", schrieb er uns Ende Mai, "dürften die Stahlarbeiter in den Streik treten, um mit der Durchsetzung gewichtiger Lohnforderungen es den erfolgreichen Automobilarbeitern gleichzutun. Das verspricht die größte Streikaktion seit Jahrzehnten zu werden. Man könnte die heutige Situation in Amerika mit jener von Rußland vergleichen, die Lenin in seiner Schrift "Was tun?" vor Augen hatte und die zur Ersten Russischen Revolution von 1905 führte."

WAS IST LOS MIT DEN "SCHWARZEN PANTHERN"?

Die bürgerliche Presse Österreichs, einschließlich der revisionistischen "Volksstimme, ist voll mit verwirrenden Meldungen über eine Krise der militanten Negerbewegung in den USA "Black Panthers". Diese tapferen, obgleich in ideologischen Unklarheiten befangenen Vorkämpfer der Afro-Amerikaner waren eine lange Zeit hindurch Hauptzielscheibe des faschistischen Terrors der Polizeibüttel, die sogar nicht davor zurückschreckten, "verdächtige" Neger schlafend im Bett zu erschießen. In letzter Zeit gingen in der "Black Panther Party" Veränderungen vor sich.

Gen. R.J. schreibt darüber: "Es geht hauptsächlich darum, daß sich die Bewegung gespalten hat. Die Meinungsverschiedenheiten drehen sich um die Frage des bewaffneten Kampfes. Die Gruppe um Eldridge Cleaver, der gegenwärtig in Algier im Exil lebt, ist der Meinung, daß die Partei weiterhin der Polizei Widerstand leisten und direkte Aktionen in der Art des individuellen Terrors unternehmen soll, den die von den Massen isolierten "Weathermen" ausüben. Die andere Fraktion, die sich um Huey Newton gruppiert, sagt sich vom bewaffneten Kampf los, stellt Tagesforderungen in den Mittelpunkt und scheint sich mit den Revisionisten verbündet zu haben. Jedenfalls sind sie jetzt weniger Verfolgungen ausgesetzt als früher.

Und Gen. J.B. berichtet zu demselben Thema: "Gerade heute (25. Mai -D.Red.) wurden die B.P.-Funktionäre Bobby Seale und Erika Huggins aus dem Gefängnis entlassen, nachdem es den Behörden in dem längsten Gerichtsverfahren in der Geschichte des Sta tes Connecticut nicht gelungen war, die Mordanschuldigung gegen sie aufrechtzuerhalten. Das von Huey P. Newton geführte Zentralkomitee der Panther hat eine neue, 'weiche' Linie angenommen, die es nicht als versöhnlerisch, sondern als Vorbereitung für die Revolution betrachtet. In ihren bildlichen Darstellungen und schriftlichen Äußerungen haben sie jeden Hinweis auf Waffengewalt fallengelassen. Sie haben ihre Anhänger aufgerufen, ihre Tätigkeit in den Kirchen zu konzentrieren, weil diese wichtige Einrichtungen der schwarzen Bevölkerung wären. Marxisten-Leninisten fällt es natürlich schwer, eine solche Haltung zu akzeptieren."

x x x x x x x

Abschließend möchten wir noch festhalten, was unsere amerikanischen Leser über unsere Zeitung sagen. Gen. R.J. meint: "Die Zeitung ist sehr gut und behandelt in richtiger Weise aktuelle Fragen." J.B. schreibt, ihn habe unser Bericht in Nr. 50 über die Ereignisse um Ostpakistan sehr interessiert, weil auch in den USA die Ereignisse falsch dargestellt wurden und er in unserem Artikel aufschlußreiche Argumente gefunden hat.

Wir freuen uns, daß wir nun auch in den USA Freunde haben, die uns regelmäßig Korrespondenzen schicken.

AMERIKA HEUTE

Das Volk hier - oder jedenfalls die Mehrheit der Bevölkerung - weiß schon, daß es gerade die US-Imperialisten sind, die den Krieg in Indochina ausweiten. Weil Nixon & Co. das Gegenteil behaupten, entstand das, was man hier "credibility gap" (Glaubwürdigkeitslücke) nennt, d.h. eine Kluft zwischen dem, was wirklich ist und was das Volk weiß, und dem, was die Regierung ihm einreden will. So gehen hier interessante Entwicklungen vor sich, eine Art von Polarisierung tritt ein, und manche Wahrheit wird offenkundiger.

Die Tatsache, daß das Volk in dem reichsten Land der Welt so viel leidet, schärft seinen Blick für die Dinge. Die Arbeitslosigkeit nimmt dauernd zu, die Lebenshaltungskosten waren noch nie so hoch, die erzeugten Konsumgüter sind minderwertig, aber dafür teuer, Nahrungsmittel, Luft, Wasser - alles ist verseucht, die Kunst ist verfault und kommt den Bedürfnissen des Volkes nicht entgegen. Das alles ist ja eine alte Geschichte, aber hier und heute springt es mehr denn je ins Auge.

Wir haben hier ein ungewöhnlich großes Problem. Da die Afro-Amerikaner niemals der Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolution teilhaftig geworden sind, sind die meisten von Ihnen der amerikanischen Gesellschaft entfremdet. Das hat eine Spaltung in unserer Gesellschaft hervorgerufen, die in jeder Bevölkerungsschichte zutage tritt. Die Afro-Amerikaner sind der ärmste Teil der Bevölkerung und zugleich der kämpferischste. Sie sind bereit für eine fortschrittliche Aktion, doch fehlt ihnen noch eine marxistisch-leninistische Führung. Das merkt man deutlich. Die Black Panthers, die in der vordersten Reihe kämpften, ohne eine Vorhut zu sein, haben sich gespalten, sowohl wegen ihres Mangels an ideologischer Klarheit als auch wegen ihrer mangelnden Bescheidenheit angesichts der Riesenhaftigkeit des Problems. Man liest in ihrer Zeitung, wie man "den unbesiegbaren Ideen von Huey Newton folgen" soll, der "Oberster Befehlshaber" genannt wird. Andererseits haben ihre früheren Vorstellungen von "revolutionärem Selbstmord" dazu geführt, daß sie eine vortreffliche Zielscheibe für die Bourgeoisie und besonders für die Polizei abgeben. Die Bourgeoisie durchsetzt ihre Reihen mit Agenten, die zu extremen Aktionen aufrufen, für welche dann die Panthers verantwortlich gemacht werden. Die Bourgeoisie hat noch eine weitere niederträchtige Taktik im Kampf gegen die Afro-Amerikaner zur Anwendung gebracht: Sie hat die weite Verbreitung von schweren Rauschgiften unter ihnen, vor allem unter der schwarzen Jugend, direkt und indirekt gefördert. Der Kult, der mit den Drogen getrieben wird, ist dazu angetan, die Jugend überhaupt zu korrumpieren; aber unter den schwarzen Jugendlichen kommt er einer tödlichen Krankheit gleich. Aus der Mitte der getretenen Schwarzen bringt die Demoralisierung auch kriminelle Elemente hervor, welche die weiße Gesellschaft auf ihre Weise zur Rechenschaft ziehen.

Das erinnert mich irgendwie an das vorrevolutionäre China, wo bekanntlich die Verelendung breitester Massen zum Aufkommen eines beträchtlichen Lumpenproletariats führte, das sich oft zu Banden zusammenschloß, die nicht nur räubernd

umherstreiften, sondern manchmal auch von der Kuomintang als konterrevolutionäre Kraft eingesetzt wurden. Der große Unterschied besteht allerdings darin, daß dort eine marxistisch-leninistische Partei da war, die nicht nur den verelendeten und verzweifelten Massen eine zielklare Führung für ihren Kampf gab, sondern auch nicht selten lumpenproletarische Rebellenhaufen zu disziplinieren und zu erziehen verstand. Solange hier bei uns eine solche Partei nicht vorhanden ist, besteht vorläufig keine Garantie, daß die Rebellion der Bevölkerung zu einer siegreichen Revolution führt.

Für den Augenblick ist es um jene Friedensbewegung, die sich szt. so gut entwickelt hat, stillgeworden; es sind jedoch Kräfte am Werk, die sie wieder in Gang bringen wollen. (Der Brief wurde vor den gewaltigen Antikriegskundgebungen der amerikanischen Bevölkerung geschrieben, die allein am 24. April bloß in den zwei Städten Washington und San Franzisko eine Million Menschen auf den Straßen versammelten und in der ersten Maiwoche fortgesetzt wurden. -D.Red.) Der zeitweilige Stillstand der Bewegung erklärt sich daraus, daß die Regierung den Menschen einredete, die Verlustzahlen der amerikanischen Truppen in Vietnam verringerten sich und die Truppen würden laufend abgezogen. Doch immer mehr Menschen machen sich Gedanken darüber, daß es nicht nur um amerikanische Leben gehe, sondern daß dem Morden an den Völkern Indochinas Einhalt geboten werden muß.

R.J., USA

SP-REGIERUNG FÖRDERT DIE NAZIS!

Sie sind ja nichts Neues mehr, die Minister in Kreisky's Regierung mit brauner Vergangenheit; auch daß die Aktivitäten der NDP immer mehr zunehmen; die FPÖ soll in welcher Form auch immer an der Regierung beteiligt werden usw. usf.

Es ist also nicht nur so wie wir bereits wiederholt feststellten, daß Kapitalismus zum Faschismus führt, sondern die SP-Führung ist wieder der Wegbereiter.

An folgendem Beispiel ist ersichtlich, wie diese Kräfte wohlüberlegt zu Werke gehen und, wo auch immer sich Möglichkeiten zeigen, ihren Einfluß verstärken.

Da gab es vor kurzem in Vorarlberg Landwirtschaftskammerwahlen. Bisher eine ungefährdete Machtbasis des ÖVP-Bauernbundes. Nicht der geringste Versuch wurde in all den Jahren von den sogenannten Arbeiterparteien unternommen, die immer mehr durch die kapitalistischen Widersprüche rebellierenden Klein- und Mittelbauern mit der Arbeiterklasse zu solidarisieren. Wenn die ÖVP-Bauernbundbonzen in anderen Bundesländern die Unruhe in der Bauernschaft auf die Regierung, Arbeiterschaft usw. abzuwälzen trachteten, in Vorarlberg, wo sie seit eh' und je am Ruder waren, klappte das nicht so (siehe z.B. Abwanderung von ÖVP-Wählerstimmen in den westlichen Bundesländern). Nun hat die FPÖ ihr Süppchen gekocht und auf Anhieb einige Mandate erobert und ist in die Landwirtschaftskammer eingezogen. Wenn die fortschrittlichen Arbeiter diese Entwicklung nicht aufmerksam beobachten und mit allen Kräften und bei jeder sich bietenden Gelegenheit alle Ursachen klarlegen, an einem festen Kampfbündnis mit den unter dem kapitalistischen Joch in ihrer Existenz gefährdeten bäuerlichen Schichten arbeiten, wird es der Klassenfeind verstehen, ein solches Kampfbündnis von vornherein zu verhindern.

F.M. Vorarlberg

Da wir die BAWAG-Broschüre neu herausgeben und sie demnächst in den Druck gehen wird, ersuchen wir alle Genossen und Interessenten uns ihren Bedarf bekanntzugeben. Das erleichtert wesentlich unsere Planung.

Wilder Streiksturm über Europa und eine Lehre daraus

In den letzten Jahren brachen in den verschiedensten Ländern Europas immer immer wieder sogenannte wilde Streiks aus. Sie alle wiesen viele gemeinsame Züge auf: Sie brachen oft aus kleinem Anlass aus, nahmen aber rasch an Ausdehnung zu und zur Durchsetzung ihrer Forderungen "erfinden" die Streikenden vielfach neue Kampfmethoden. Das wesentlichste Merkmal aber ist, dass diese Kampfaktionen von den Arbeitern unten in den Werstätten und Betrieben beschlossen und in Gang gesetzt werden. Ohne Wissen und meistens gegen den Wunsch der Bonzen in der Gewerkschaftsführung. Meistens sind es die jüngeren Arbeiter, die die Initiative ergreifen und sie sind es auch immer wieder, die im Laufe der Kämpfe das ganze kapitalistische Ausbeutersystem in Frage stellen. Sie haben nicht die geringste Scheu davor, den sozusagen"in Ehren ergrauten und verdienstvollen"Gewerkschaftsbonzen, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Arbeiter zu bremsen und zu beschwichtigen, ihr Komplizentum mit den Kapitalisten ins Gesicht zu schleudern.

Die Liste dieser Massestreiks ist lang. Sie reicht von den grossen und machtvollen Kämpfen der Arbeiter in Deutschland über den grossen Streik der Kumpels in den schwedischen Erzgruben und die zahlreichen "wilden" Streiks in England, Finnland, Belgien, der Schweiz, Jugoslawien und Spanien bis zur blutigen Revolte der polnischen Arbeiter. Diese Kämpfe sind ein untrennbarer Bestandteil der Rebellion der Arbeiterklasse Europas. In Italien und ebenso in Frankreich kommen die Streikaktionen seit mehr als zwei Jahren praktisch nicht mehr zum Stillstand. Im Gegenteil: Gerade in diesem Jahr werden neue Höhepunkte gesetzt. Im Verlauf der Kämpfe kommt es immer häufiger zu Betriebsbesetzungen, wie übrigens vorwiegend in Frankreich originelle Kampfmethoden zur Anwendung gelangten. So wurden vor einiger Zeit einige der Herren Direktoren solange in ihren Büros "dunsten" gelassen, bis sie sich bereit erklärten, die Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Nicht unerwähnt dürfen die Streiks in schweizer Betrieben bleiben, bei denen Schweizer und Gastarbeiter Schulter an Schulter kämpften.

Der Hilfe der sozialdemokratischen und revisionistischen Partei- und Gewerkschaftsführungen haben es die Kapitalisten zu verdanken, dass sie - wenn auch oft nur mit grösster Anstrengung - die Situation noch unter Kontrolle bringen können. So hat jetzt nach dem Ende des Eisenbahnerstreiks, an dessen Abwürgung die Gewerkschaftsführer aller Richtungen "mit vereinten Kräften" beteiligt waren, der revisionistische Gewerkschaftsführer in Frankreich Seguy erklärt, man dürfe nicht die politische Bedeutung der Streiks überschätzen und der Sozialdemokrat Bergeron hob warnend den Finger und meinte auf die Berichte aus Italien hinweisend: wenn die Arbeiterklasse weiter so "wild" herumstreiken würde, käme es zum Faschismus! Diese "Warnung" ist nichts anderes als offene Erpressung!

Damit kommen wir zum Kern der Sache. Die objektive Lage ist auch in Europa günstig für die Revolution. Immer breitere Schichten der arbeitenden Menschen unter ihnen besonders junge erkennen, dass im Rahmen des verfaulenden kapitalistischen Systems, trotz grösster Kampfbegeisterung entscheidende Verbesserungen der Lage der arbeitenden Menschen nicht erreicht werden können. In den Äusserungen während der Streiks und in ihren rebellenartigen Kampfformen kommt das immer wieder zum Ausdruck. Es muss offen ausgesprochen werden: Dass noch immer revisionistische und sozialdemokratische Verräter in den Führungsgremien der Gewerkschaft die wichtigste Hilfe der Bourgeoisie bei der Niederkämpfung von Arbeiterrevolten sein können, liegt an der Schwäche, vor allem aber an der Zersplitterung der wirklich revolutionären Kräfte. Es gelingt der Bourgeoisie und ihren Komplizen noch immer, die revolutionäre Vorhut von der Masse zu isolieren und die noch nicht gefestigten Gruppen durch Provokationen und Provokateure, durch das Einschleusen von trotzkistischen, anarchistischen und anderen revolutionsfeindlichen "Ideologien" zu schwächen, zu verwirren und aufzuspalten. Gegen diese Versuche muss ein entschiedener Kampf geführt werden, dieser Zustand muss so rasch als möglich beseitigt werden. Ansonsten beweisen die historischen Erfahrungen was eintritt: Die unzufriedenen Arbeiter sind verwirrt und werden leicht das Opfer faschistischer, nationalistischer Demagogie.

Denn auch das ist klar: Bevor der Kapitalist auf seine Macht verzichtet, wenn einmal alle Stricke reissen und weder parlamentarischer Betrug noch verräterische Arbeiterführer mehr die Arbeiter vom revolutionären Kampf abhalten können, dann greift er zur faschistischen, nackten Gewalt. Die faschistischen Kolonnen werden ja bereits deutlich sichtbar in den Vordergrund geschoben. Gegen die revolutionäre Kraft der arbeitenden Menschen ist letzten Endes aber auch die faschistische Gewalt machtlos.